

# Beschlussvorlage für Ausschüsse



Landeshauptstadt  
Mainz

öffentlich	Datum	Drucksache Nr. 2357/2010
Amt/Aktenzeichen Dezernat V/17	09.12.2010	TOP

Behandlung in der Verwaltungsbesprechung am			
<b>Beratungsfolge Gremium</b>	<b>Zuständigkeit</b>	<b>Datum</b>	<b>Status</b>
Ortsbeirat Mainz-Lerchenberg	Kenntnisnahme	10.01.2011	Ö

## Betreff:

Sachstandsbericht zu Antrag 2080/2010 CDU, Ortsbeirat Mainz-Lerchenberg; hier: Berücksichtigung Lerchenberger Belange bei Fluglärmgutachten der Landesregierung

Mainz, 15.12.2010

gez. Reichel

W. Reichel  
Beigeordneter

## Beschlussvorschlag:

Der Antrag ist erledigt.

## Stellungnahme:

Die Mainzer Stadtverwaltung wurde im April 2010 von Seiten des rheinland-pfälzischen Umwelt- und Verkehrsministerium gebeten in einem Gespräch über den Sachstand zu dem laufenden Klageverfahren zum Frankfurter Flughafenausbau grundlegend zu informieren.

Dieser Bitte ist die Mainzer Stadtverwaltung nachgekommen und hat gleichzeitig die zentralen Forderungen zum Schutz der Wohn- und Arbeitsbevölkerung vor Fluglärm vorgetragen.

Der Mainzer Stadtrat hat am 07.05.2010 beschlossen, dass die rheinland-pfälzische Landesregierung die Landeshauptstadt Mainz in Ihrem Kampf gegen die weitere Zunahme des Fluglärms unterstützt.

Herr Bürgermeister Beck hat dies in Vertretung der rheinland-pfälzischen Landesregierung in einem Schreiben mitgeteilt und weiterführende Gespräche angeboten.

Dieses Angebot wurde seitens der Landesregierung nicht in Anspruch genommen.

Allerdings besteht Kontakt zum Umwelt- und zum Verkehrsministerium über den Unterausschuss für Flughafenerweiterung und Fluglärmschutz (UA). Der UA wurde von Vertretern der Landesregierung auf der letzten Sitzung über den Stand des in Auftrag gegebenen Gutachtens informiert. Die Interessen an diesem Gutachten aus Sicht der Stadt Mainz wurden erläutert. Dadurch wurde auch dem Anliegen des Ortsbeirats Lerchenberg nachgekommen.